

Hoffnung für Taxifahrer mit Heimatdiplom

*Abschlüsse von Migranten
sollen anerkannt werden*

VON KATJA TICHOMIROWA

BERLIN. „Brain Waste“, Verschwendung von Wissen, nennt der Sachverständigenrat für Integration und Migration, was in Deutschland noch die Regel ist: Migranten, die in ihren Heimatländern Berufsabschlüsse oder einen akademischen Titel erworben haben, arbeiten hierzulande als Taxifahrer, Putzfrauen oder Hausmeister.

Rund 300 000 Migranten, vor allem aus den Nicht-EU-Ländern, müssen sich nach Schätzungen der Bundesregierung in Deutschland mit Beschäftigungen über Wasser halten, die ihrer eigentlichen Qualifikation nicht entsprechen. Nicht wenige sind auf staatliche Transferleistungen angewiesen, weil sich ihre Wahlheimat nicht entschließen kann, ihre Berufsabschlüsse anzuerkennen.

Lange wurde dieser Brain Waste bestenfalls mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Inzwischen aber wandern mehr Menschen aus Deutschland aus als aus dem Ausland zuziehen. Die Wirtschaft klagt über einen zunehmenden Fachkräftemangel und schätzt, dass bis 2030 in Deutschland 5,5 Millionen Arbeitskräfte fehlen werden.

Dem trägt die Bundesregierung nun Rechnung. Ausländische Berufsabschlüsse sollen künftig leichter und vor allem schneller anerkannt werden, um den betroffenen Migranten den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Das entsprechende Anerkennungsgesetz passierte am Donnerstag den Bundestag.

Das Problem ist mit dem Bundesgesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse allerdings noch nicht vom Tisch. Die Reform gilt allenfalls als „ein erster Schritt zur Beseitigung dieses gravierenden Missstandes“, wie es in einer Stellungnahme des Deutschen Juristenbundes zum Gesetzentwurf

heißt. Der „große Wurf“, den Bundes-

bildungsministerin Annette Schavan versprochen habe, sei ausgeblieben, kritisiert auch die SPD. Die Bundesratspräsidentin und nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) drohte bereits mit einer Blockade im Bundesrat, falls die Änderungsanträge der Opposition unberücksichtigt blieben. Nachbesserungen fordern auch die Linke und die Grünen.

So sollen vor allem die unübersichtlichen und langwierigen Anerkennungsverfahren verkürzt werden. Die SPD will die Bearbeitungsfristen auf maximal drei Monate begrenzen. Der schwarz-gelbe Gesetzentwurf sieht dagegen eine großzügigere Prüfungsfrist von sechs Monaten vor.

Die größte Hürde bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen ist nach Ansicht von Experten der deutsche Zuständigkeitsdschungel. Das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz erweist sich in der Praxis als ebenso kompliziert, wie es der Namen schon verheißt. Es gilt für rund 60 auf Bundesebene geregelte Berufsgesetze und Verordnungen; für die landesrechtlich geregelten Berufe, wie etwa Ingenieure, Lehrer oder Erzieher dagegen nicht. Für sie sind über 600 Behörden, Ämter und Kammern zuständig, die mit der Anerkennung von Diplomen betraut sind. 49 davon regeln allein die Anerkennung von Ingenieursabschlüssen.

Die Länder planten Regelungen nach dem Muster des Bundesgesetzes, heißt es aus dem Bundesbildungsministerium. Bis sich die 16 Bundesländer geeinigt haben, dürften die meisten Ingenieure mit ausländischen Diplomen die Pensionsgrenze wohl allerdings bereits erreicht haben.